

Antragsbereich MAT / Antrag 8/II/2022

AntragstellerInnen: Raoul Koether

8/II/2022: Stark und Solidarisch - bessere Politik für Arbeit und Wirtschaft in Bayern

1 Im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern und auch manchen anderen
2 Regionen und sogar Staaten in Europa ist Bayern mit einer starken Wirtschaft
3 auf den ersten Blick gut aufgestellt: Die meisten Kennzahlen (Arbeitslosenquote,
4 Wertschöpfung, Export) sind im Vergleich sehr gut. Das ist ein besonderes Ver-
5 dienst der bayerischen Arbeitnehmer*innen, der Gewerkschaften, bayerischen
6 Unternehmen und der staatlichen Infrastruktur und Rahmenbedingungen. Aber
7 dieser erste Blick täuscht über vorhandene Probleme hinweg. In Bayern gibt es
8 ein starkes Lohngefälle, die Produktionsweise steht bei vielen Unternehmen vor
9 einem großen Anpassungsdruck, es gibt viele negative Auswirkungen aufgrund
10 der Privatisierungen der CSU der Vergangenheit, an vielen Stellen ist die Infra-
11 struktur ausbaufähig und es gibt viel zu wenig staatliche Investitionen. Eine SPD
12 geführte Staatsregierung wird Bayerns Wirtschaft stärker machen, Respekt vor
13 der Arbeit stärken und unseren Freistaat solidarischer machen.

14

15 Die Transformation hin zu einer ökologischen, klimafreundlichen und sozial
16 gerechteren Arbeits- und Wirtschaftsweise ist eine große Herausforderung, auf
17 die viele Unternehmen und die bayerische Wirtschaftspolitik nur ungenügend
18 vorbereitet sind. Die Voraussetzung für ein gutes Leben ist immer noch gute
19 Arbeit und daher das Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dabei ist
20 insbesondere auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Regionen
21 Bayerns Rücksicht zu nehmen.

22

23 Die bayerische SPD setzt daher auf eine zukunftsgerichtete, regionalisierte
24 Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die sich in mehreren Handlungsfeldern
25 niederschlägt: Industriepolitik, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Bildung
26 und Qualifizierung, sowie Infrastrukturentwicklung als Teil der Daseinsvorsorge.

27

28 Während in den vergangenen Jahrzehnten sich Industriepolitik vor allem auf die
29 Anwerbung neuer Unternehmen konzentriert hat, macht es die Transformation
30 nötig, zukünftig einen mindestens gleichwertigen Fokus auf den Erhalt bestehen-
31 der Unternehmen und Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistung zu legen. Die
32 Wirtschaft und Industrie unseres Landes stecken in einem tiefgreifenden Wandel.
33 Klimaschutz, globale Konkurrenz und technologischer Wandel verändern nicht
34 nur unsere Gesellschaft, sondern auch unsere Wirtschaft und Arbeit. Einen derart
35 fundamentalen Wandel muss die Politik aktiv begleiten und gestalten, er darf
36 nicht den freien Marktkräften überlassen werden. Gerade die Unterstützung von

37 KMU in den ländlichen Regionen ist ein wichtiger Aspekt für die Münchner SPD,
38 denn ohne eine vielfältige Industrie mit qualifizierten und tarifgebundenenAr-
39 beitsplätzen sorgen dafür, dass der Zuzug in die Metropolregion München nicht
40 weiterzunimmt, mit allen damit für die Stadt verbundenen Problemen, vor allem
41 auf demWohnungsmarkt. Zahlreiche Unternehmen sind aber noch wenig oder
42 gar nicht auf dieHerausforderungen der Transformation vorbereitet. Hier wollen
43 wir die Unterstützung desStaates bieten und fordern:

44

45 Unsere Staatsregierung wird als erstes einen bayerischen **Masterplan Trans-**
46 **formation und Wirtschaftsentwicklung** ins Leben rufen und dafür mit den
47 Unternehmervverbänden, den Gewerkschaften und bedeutenden Unternehmen
48 der bayerischen Schlüsselindustrien ins Gespräch kommen, um Bayerns Wirt-
49 schaft fit für die Zukunft zu machen. Dafür werden wir zusätzliche staatliche
50 Gelder bereitstellen, um die Infrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung
51 zum Wohle aller Menschen im Freistaat voranzubringen: Der Freistaat Bayern
52 soll in den kommenden 10 Jahren einen Transformationsfonds im Umfang von
53 **75 Milliarden Euro** bereitstellen, aus dem Maßnahmen für den Strukturwandel
54 gefördert und unterstützt werden.

55

56 Wir werden die Gründung einer staatlichen **Industrieholding** voranbringen,
57 welche jenen Industrieunternehmen der Zielbranchen ein Dach während des
58 andauernden Transformationsprozesses bietet, die den Wandel nicht allein, aus
59 eigener Kraft oder miteigenen Mitteln organisieren können oder wollen. Sie wird
60 als Instrument aktivintervenierender Industriepolitik konzipiert und geht über
61 die Aufgabenstellung öffentlicherBeteiligungskapitalgesellschaften deutlich hin-
62 aus. Die Holding ist gleichermaßen den Zielender Standortsicherung durch die
63 Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, der Schaffung undder Erhaltung guter und
64 sicherer Arbeitsplätze sowie dem Klima-, dem Umwelt- und Ressourcenschutz
65 verpflichtet. Unter ihrem Schuttschirm können die beteiligten Unternehmen
66 Konsolidierungs-, Sanierungs-, Transformations- und Restrukturierungsstrate-
67 gien erarbeiten oder weiterqualifizieren und strategische Beratungin Anspruch
68 nehmen, ihre Liquidität in Krisen- und Restrukturierungsphasen sichern,län-
69 gerfristige Konzepte der Unternehmensfinanzierung entwickeln und umset-
70 zen, Partnerschaften, Beteiligungen, Kooperationen realisieren und sich als
71 attraktiveArbeitgeber mit guten und sicheren Arbeitsplätzen profilieren und so
72 zur Sicherung deserforderlichen qualifizierten Facharbeitspotenzials beitragen.

73

74 Während es in fast allen Ländern **Tariftreue und Vergabegesetze** gibt, hinkt Bay-
75 ern hier gemeinsame mit Sachsen hinterher. Einer unserer ersten Maßnahmen
76 wird die Einführung eine solchen Gesetzes sein, damit Freistaat und Kommunen
77 Vergaben von Aufträgen nur machen können, wenn sich die Bewerber an Tarif-
78 verträge, Arbeitsstandes und ökologische Kriterien in den Lieferketten halten.
79 Außerdem werden wir ein **Bayerisches Mindestlohngesetz** auf den Weg bringen

80 und in besonders teuren Regionen auch gesetzliche Vorgaben für Mindestlöhne
81 über die bundesweiten Regelungen hinaus einführen.

82

83 Unserer Auffassung nach hat der **öffentliche Dienst** Vorbildcharakter bei den
84 Arbeitsbedingungen für den privaten Sektor, deswegen werden wir die Tarifab-
85 schlüsse für die bayerischen Beamt*innen übernehmen, für besonders belastete
86 Regionen wie München auch für die Beamten des Freistaats, wie z.B. Polizistin-
87 nen und Polizisten eine verdoppelte München-Zulage einführen und gerade für
88 Auszubildende und dual Studierende weitere Akzente in Personalpolitik setzen.

89

90 Unsere Staatsregierung wird die **kommunale Arbeitsmarktpolitik stärken**
91 und Programme wie das Münchner MBQ auch in anderen Städten und Gemein-
92 den einführen und fördern.

93

94 Bayern wir außerdem nach dem Vorbild anderer Bundesländer wie Bremen
95 oder dem Saarland eine **Arbeitskammer** als selbstverwaltete Körperschaft des
96 öffentlichen Rechtserrichten. Sie hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeitneh-
97 mer*innen wahrzunehmen und zu fördern. Sie sollen insbesondere die Behörden
98 und Gerichte in Fachfragen durch Gutachten und Berichte unterstützen, die
99 Berufsausbildung fördern und Rechtsberatung betreiben.

100

101 Durch den Transformationsprozess der Wirtschaft kommen auf die bayeri-
102 schen Arbeitnehmer*innen ungeahnte Herausforderungen zu, die sich nur durch
103 eine ständige Weiterqualifizierung und lebenslanges Lernen bewältigen lassen.
104 Daher ist es unabdingbar hier entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, die
105 eine solche Weiterqualifikation mit dem Arbeitsleben in Einklang bringen lassen.
106 Die SPD-geführte Staatsregierung wird dafür die Voraussetzungen schaffen, in
107 dem ein bayerisches Gesetz über den Anspruch auf **Bildungsurlaub** verabschiedet
108 wird, das allen Beschäftigten Anspruch auf bezahlten Bildungsurlaub gewährt.

109

110 Schließlich wird im Bereich der **Infrastrukturentwicklung** als Teil der Daseinsvor-
111 sorge ein Schwerpunkt gesetzt, die die Grundlage für eine gelungene Weiter-
112 entwicklung der bayerischen Wirtschafts- und Arbeitswelt darstellt. Dies schließt
113 insbesondere die Bereiche Verkehrsinfrastruktur mit Schwerpunkt **ÖPNV, Smart**
114 **Connectivity** und **Güterverkehr auf der Schiene** ein, ebenso, wie die Schaffung ei-
115 ner zukunftsfähigen **digitalen Infrastruktur, Ver- und Entsorgung** und eine aus-
116 reichende Versorgung mit **erneuerbarer Energie** ein. Dafür wird eine **Regiona-**
117 **le Strukturberichterstattung** geschaffen, die der Qualifizierung der Meinungsbil-
118 dung und der Entscheidungsgrundlagen der regionalen Akteure dient.